

Mit Martina Pechile im Studio. Guten Abend. Kann der Medikamentenmangel durch höhere Preise abgefangen werden? Der deutsche Vorstoß kommt in Österreich nicht besonders gut an. Europa zählt auf China als Friedensstifter in der Ukraine. Währenddessen rücken Belarus und Russland näher zusammen in Moskau wieder einmal Lukashenko auf Routinebesuch bei Putin. In Kärnten sind 35 Migranten aus einem Lkw befreit worden und das eigentlich nur durch Zufall. Tausende Menschen flüchten vor neuen schweren Kämpfen in Myanmar. Das Journal-Panorama im Anschluss führt sie heute nach Hawaii, die Inseln sind durch den Klimawandel stark gefährdet. Die Frostnächte haben Schäden in Millionenhöhe verursacht. Bisher und heute Nacht wird es zum Teil noch einmal frostig in Österreich, weiß Gerhard Holzinger. Der Tag geht größtenteils sonnig zu Ende. In der Nacht ziehen von Osten und von Westen her Wolkenfelder auf. In Vorarlberg und Nordtirol ermähle ich auch mit ein paar Schauern. Die Temperaturen sinken auf plus 4 bis minus 7 Grad. Verbreitet frostig wird es noch einmal bei klarem Himmel in der Mitte Österreichs. Hier gibt es auch morgen am Karfreitag noch die meisten Sonnenstunden, etwa im Bereich vom Müllviertel bis nach Unterkärnten. Im Osten und im Westen dominieren die Wolken samt etwas Regen, in höheren Lagen schneide es. Bei Thalsieb auf dem Nordwestwider reichen die Temperaturen 5 bis 15 Grad. Das Osterwochenende startet dann unbeständig und kühl. Erst am Montag wird freundlicher und milder. Antipiotika, Schmerzmittel und anderes. Seit Monaten herrscht in vielen europäischen Ländern ein Medikamentenengpass, auch in Österreich. Deutschland will jetzt den Pharmakonzernen mehr Geld bezahlen, wenn sie liefern, vor allem für Kindermedikamente. Das stößt in Österreich auf wenig Begeisterung. Die Arzneimittelversorgung könnte sich dadurch weiter verschlechtern, so Fachleute. Peter Daser berichtet. Es geht um Lieferengpässe auf europäischer Ebene, erklärt Peter Lehner, der Vorsitzende der Konferenz der Sozialversicherungsträger. Höhere Preise würden kurzfristig nicht für mehr Medikamente sorgen und langfristig müsse die Produktion nach Europa zurückgeholt werden. In den letzten Jahren sind die Hersteller von Medikamenten wegen der billigeren Produktion nach Asien abgewandert. Die meisten Medikamente werden inzwischen in China und in Indien hergestellt. Dass Deutschland nun mehr zahlen will, um den eigenen Medikamentenengpass zu lockern, kritisiert Lehner. Kurzfristig macht ein höherer Preis ein Produkt nicht verfügbar. Es ist nur europäisch und solidarisch und bringt uns in eine Phase, wie wir sie hatten am Beginn der Pandemie bei den Masken, wo womöglich ein Land dann wirklich Medikamente abzieht und nach Deutschland bringt und das halte ich für einen ganz, ganz falschen Weg. Auch Klaus Friesenbüchler vom Wirtschaftsforschungsinstitut Vivo rechnet mit negativen Auswirkungen für die österreichische Medikamentenversorgung beim Preis und bei der Menge. Zum Teil werden Medikamente beispielsweise über Spitäler, die bezogen werden, somit auch teurer. Das heißt, der Preis schlägt sich durch. Zu einem anderen Teil wird der Markt letztlich auch von den Deutschen letztlich aufgekauft und also mitkommt es zu einer geringeren Versorgung in Österreich. Auch Friesenbüchler sagt, Ziel müsse sein, die Medikamentenproduktion nach Europa zurückzuholen. Darauf verweist doch das Gesundheitsministerium in einer Stellungnahme. Preiserhöhungen wie in Deutschland seien

demnach

nicht geplant. Preise würden keine zentrale Rolle spielen, heißt es aus dem Ministerium, weil Präparate und Wirkstoffe gar nicht verfügbar sein. Die pharmazeutische Industrie in Österreich spricht sich heute dafür aus, die Preise für Medikamente an die Inflation anpassen zu können.

Wir schauen jetzt nach China. In Peking haben heute EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Frankreichspräsident Emmanuel Macron, China-Staatsoberhaupt Xi Jinping getroffen. Bei den Gesprächen ging es unter anderem um den Krieg in der Ukraine. Europa appelliert an Xi sich stärker für Frieden in der Ukraine zu engagieren. China soll also Friedensvermittler sein.

Es ist ein Empfang mit allen vorgesehenen diplomatischen und militärischen Ehren, die der chinesische Präsident Xi Jinping, dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron heute in Peking zukommen lässt. Hymnen und Abschreiten der Ehrengarde. Die Gespräche, zu denen am Nachmittag

auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dazustößt, sollen freundlich und offen gewesen sein, heißt es. Von Harmonie zu sprechen dürfte allerdings übertrieben sein. Besonders beim Krieg in der Ukraine bleiben die Mistöne bestehen. Wir brauchen einen dauerhaften Frieden, sagt Macron, einen Frieden, der die international anerkannten Grenzen respektiert und jede Eskalation

verhindert. Der chinesische Staatschef erinnert allerdings an die Sicherheitsinteressen aller Staaten, ein Argument, das Russlands Vorwand stützt, die Ukraine nur wegen der Bedrohung durch die Osterweiterung der NATO angegriffen zu haben. China und Europa sollten sich für Dialog einsetzen und Frieden und Stabilität aufrechterhalten, sagt Xi. Die EU-Kommissionschefin warnt China

vor Waffenlieferungen an Russland. Arming the aggressor would be against international law, and it would significantly harm our relationship. Immerhin, Xi, der im März in Moskau war, hat zugesagt auch mit dem ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelensky sprechen zu wollen, wann Lyschi aber offen. Die Beziehungen zwischen der EU und China sind belastet, neben der Ukraine auch

wegen der chinesischen Drohungen gegen Taiwan und wegen eines vor zwei Jahren vorerst gescheiterten

Investitionsabkommens. China sieht die EU am Gängelband der USA. Die Meinungsverschiedenheiten

in einigen Bereichen ändern aber nichts am Wirtschaftspotenzial, das Europa in China nach wie vor sieht. Emmanuel Macron ist zu seinem Staatsbesuch mit einer großen französischen Wirtschaftsdelegation im Schlepptau angereist. Europa ist also auf Besuch in China Ernst Kermeyer hat berichtet. In Russland hat heute ein anderes hochrangiges Treffen stattgefunden. Der

belarussische

Machthaber Alexander Lukashenko war wieder einmal zu Besuch beim russischen Präsidenten Vladimir

Putin. Das Ziel dieses Routine-Treffens sich noch weiter ernähren. Aus Moskau Paul Krise.

Es ist ein Routine-Besuch mit Routine-Programm. Alexander Lukashenko und Vladimir Putin treffen in einem Prunksaal des Moskauer Kremels zusammen. Der Staatsgast aus Belarus nützt seinen Auftritt

für eine neuerliche Drohung an den Westen. Ich habe es bereits gesagt und auch Präsident Putin weiß das. Wenn es notwendig ist, werden wir unsere Länder mit allen Mitteln verteidigen,

sagt Lukashenko. Wir erpressen niemanden, aber das ist es. Russland hat vor wenigen Wochen angekündigt, taktische Atomwaffen in Belarus zu stationieren. Entsprechende nukleare Lagerstätten auf belarussischem Gebiet sollen bis Juli fertiggestellt sein. Offen bleibt allerdings, ob Russland tatsächlich auch Atomsprengköpfe in dem neuen Lager im Nachbarland unterbringen will.

Und wann genau die Lieferung von Atomwaffen erfolgen soll. Details dazu nennt auch Präsident Vladimir Putin im Laufe des zweitägigen Treffens nicht. Das gemeinsame Vorgehen gegen die Ukraine wird von Putin ebenfalls nicht konkret angesprochen. Belarus ist im vergangenen Jahr politisch und wirtschaftlich noch stärker von Russland abhängig geworden. Es dient der russischen Armee als Aufmarschgebiet, stellt China Netz und Flugplätze zur Verfügung. Eigene belarussische Truppen hat Lukaschenko bisher nach eigenen Angaben allerdings nicht in die Ukraine

geschickt. 18.08. ist es jetzt. Wir gehen weiter nach Israel, wo im Norden des Landes heute Raketenbeschuss

aus dem Libanon gemeldet worden ist. Mehr als 30 Raketen sind auf Israel abgefeuert worden. Offiziell

befinden sich die beiden Länder im Kriegszustand. Der heutige Raketenbeschuss ist die dramatischste

Zuspitzung der Lage seit dem Libanon-Krieg im Jahr 2006. Intel Aviv, Tim Kupal. Insgesamt 34 Raketen auf Israel abgefeuert aus dem Süden des Libanon. 25 sind laut Armeangaben vom israelischen

Raketenabwehrsystem Iron Dome als eine Kuppel abgefangen worden, fünf in offenen Gelände eingeschlagen, mindestens ein Mensch ist durch Splitter verletzt worden, in anderen Medienberichten ist

von drei Verletzten die Rede. Noch niemand hat im Libanon offiziell die Verantwortung für die Raketenangriffe übernommen. Hochrangige israelische Sicherheitsexperten gehen davon aus, dass palästinensische Fraktionen im Libanon dahinter stecken und nicht die schwer bewaffnete Terror-Organisation Hisbollah gegen die Israel im Jahr 2006 Krieg geführt hat. Trotzdem dürften die Angriffe mit Duldung der Hisbollah durchgeführt worden sein, nach den Zusammenstoßen auf dem Real der Al-Aqsa Mosche in Jerusalem. Heute und gestern hat die Hisbollah im Libanon palästinensischen Gruppen beim Maßnahmen gegen Israel ihre, Zitat, uneingeschränkte Unterstützung

zugesichert. Libanesischer Sicherheitskreise berichten im Süden des Libanon sein als Antwort israelische Artilleriegeschosse eingeschlagen. Die israelische Armee habe mehrere Granaten von ihren Stellungen an der Grenze abgefeuert. Die israelischen Streitkräfte haben diese Angaben bisher nicht bestätigt. Regierungschef Benjamin Netanyahu wird am Abend trotz der Pesach-

Feiertage das Nationale Sicherheitskabinett zusammenrufen, um über das weitere Vorgehen nach den Raketenangriffen aus dem Gaserstreifen und jetzt auch aus dem Libanon zu beraten. Am ersten

Tag des Pesach-Festes werden wir aus dem Süden und aus dem Norden mit Raketen beschossen, schreibt Israels Außenminister Eli Kohn im Kurznachrichtendienst Twitter, das sei kein Zufall. Israel werde alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um Land und Volk zu verteidigen.

CoAZM betreibt illegale Pushbacks, Gerüchte darüber kursieren bereits schon seit längerem, jetzt belegen das auch Videos. Zu sehen ist, wie Asylsuchende, die im Landesinneren angetroffen werden, von Polizisten über die bosnische Grenze zurückgetrieben werden. Gelegte Nachrichten und Fotos aus einer WhatsApp-Gruppe von Polizisten legen nahe, dass es sich um von oben abgenickte Aktionen gehandelt haben könnte. CoAZIENS Innenminister weiß die Vorwürfe zurück,

Barbara Ganzfuß berichtet. Der kroatische Innenminister Dava Božinović ist bemüht, die Videos- und WhatsApp-Chat-Protokolle wegzureden. Es gebe in CoAZIEN weder rechtswidrige Zurückschiebungen noch sei Migranten Asyl oder internationaler Schutz verwehrt worden. Es würden alle Migranten registriert, auch deshalb sei CoAZIEN Anfang des Jahres in den Schengenraum

aufgenommen worden. Auf einigen Fotos sieht man große Gruppen festgenommener Männer, die dicht getränkt auf dem Bauch auf dem Waldboden liegen. Noch während der Recherchen hat das Kroatische Innenministerium die Authentizität der Chats in Frage gestellt. Die Fotos und Videos stammen aus dem Jahr 2021. Damals wollte CoAZIEN Schengenmitglied werden, sagt Valentin

Insko, ehemaliger hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegovina. Über die gelegten Chats hat heute ein Recherchennetzwerk aus Spiegel, Leithausreports, Kroatischen Medien und dem ORF berichtet. In

den internen WhatsApp-Gruppen mit 30 Mitgliedern haben unter anderem der Grenzpolizei-Chef und

Ministeriumssprecherinnen kommuniziert über laut Recherche illegale Zurückschiebungen nach Bosnien, in einem Fall auch aus dem Landesinneren, was laut Europarecht nicht möglich ist.

In Kärnten ist nun ein großer Fall von Schlepperei aufgefliegen. Ein türkischer Lkw-Fahrer hatte 35 Menschen aus Nepal, Bangladesch und Ägypten in seinem Sattelschlepper versteckt, zwischen Säcken voll Kunststoff granulat. Aufgefliegen ist der Fall nur, weil der Lkw zur Reparatur musste. Peter Matta berichtet.

Gestern Nachmittag fährt der 68-jährige Mann mit dem polnischen Lkw beim Wörterseer auf die Südautobahn. Er löst die Geisterfahrerkrake aus, will trotzdem weiter, bis der Wagen zu Brennen beginnt. Gleich hinter den Flammen die versteckten Menschen. Als die Polizei kommt und hilft, an sie nicht, dass das ein Schlepper-Lkw ist. In der Werkstatt in Villach wird der Lenker nervös, drängt auf eine rasche Reparatur und bietet viel Geld für die Arbeit. In der Nacht hört dann ein Mechaniker geräuschig aus dem Laderaum. Mit einer Wärmebildkamera kennt er Menschen hinter der verblamnten Plane. Erst jetzt fliegt die Schlepperei auf.

35 Personen sind dann stark unterkühlt aus dem Lkw ausgestiegen. Wir gehen derzeit davon aus, dass die Personen mindestens 70 Stunden unterwegs waren, ohne Getränke, ohne Essen. sagt Polizeiasprecherin Waldra Thulnik. Der Schlepper wird festgenommen, Hintermänner und das geplante Zielland wollen die Kriminalisten wissen. Die 35 Migranten aus dem Laderaum wurden vorerst auf mehrere Unterkünfte verteilt.

In Österreich wird die Kritik am behördlichen Umgang mit Klimaaktivistinnen und Aktivisten lauter. Expertinnen und Experten sehen etwa einen überbordenden Umgang, von den Grünen heißt es heute, so kann es nicht weitergehen. Seit kurz und sagt ja der Fall einer deutschen Studentin in Graz für Aufregung. Ihr droht nun die Ausweisung, weil sie an Klimaprotestaktionen teilgenommen hat. Die 26-Jährige ist heute stundenlang vom Bundesamt für fremden Wesen

und das Zühl einvernommen worden. Mehr von Tanja Malle.

Mehrere Stunden lang dauerte heute die Einvernahme der aus Deutschlands stammenden Klimaaktivistin

Anja Windl durch die fremden Polizei. Sie sagte danach, wir wurden eine sehr dicke Akte über meine eigene Person präsentiert und mein Gefährdungspotenzial wurde quasi die Urlaub abgefragt, aber ich bin gespannt, was letztlich warum kommt.

Windl will sich nicht einschüchtern lassen und geht davon aus, dass sich die Sache noch weiterziehen wird, auch wenn Rechtsexperten das Vorgehen der Behörde als aussichtslos und unverständlich bezeichnen. Nicht nur in diesem Fall gibt es Kritik am Umgang der Behörden mit Klimaaktivisten und Aktivistinnen. So wurde etwa versucht, Klima-Demonstranten einen Hubschraubeinsatz zu verrechnen und bei der Antigas-Demo gab es rund 150 vorübergehende Festnahmen. Der grüne Sicherheitssprecher Georg Börstmeier sagt heute in Richtung Innenminister Karna von der ÖVP, wichtig wäre mir, dass man sich einmal in Ruhe hinsetzt und die eigene Strategie kritisch überdenkt, weil es letztlich so nicht weitergehen kann, weil wir hier in einem gesellschaftspolitischen Konflikt hineinrennen, der vermeidbar ist. Börstmeier kritisiert auch die verbalistigmatisierung der Aktivisten als Klimaterroristen, wie das ja von FPÖ und ÖVP zu hören war. Und die Strafrechtsexpertin Ingeborg Zerbes sagt, man solle die Formen des Klimaprotests als das sehen, was sie sind.

Wenn wir von Klimaaktivistinnen sprechen, dann sprechen wir immer nur von diesen Verwaltungsstrafrechtlichen

Übertritten und nicht von Kriminalstrafrecht in Sinne von einer Anklagemöglichkeit.

Verwaltungsübertretungen also vergleichbar etwa mit Verkehrsstrafen.

Streiktag Nummer 11 heute in Frankreich. Wie das in 10.000 Menschen gegen die Pensionsreform auf die Straßen gegangen, waren allerdings weniger als zuletzt. Zu Gewaltersbrüchen ist es dennoch wieder gekommen. Immer wieder wird sie zum symbolischen Feindbild bei Demonstrationen La Rotonde, die Pariser Bresserie in der Präsident Macron gerne essen geht. Demonstrierende haben

die Marquise in Brand gesteckt, verzweifelt versuchen Kellner die Flammen mit Champagnerkülern zu löschen. Weiter westlich im britannischen Rennen muss schon am frühen Nachmittag ein Feuer aus Mülltonnen und Holzbrettern gelöscht werden. In einer Seitenstraße erkennt man zwischen weißen

Wolken von Tränengas schwarz verummte Demonstranten. Nach dem gestern geplatzen Verhandlungsversuch

zwischen der Regierung und Gewerkschaften reist der Widerstand gegen die Pensionsreform nicht ab. Auch wenn die Beteiligung am Streik heute viel geringer ist und die Protestzüge dünner.

Ich habe Angst, dass immer weniger Demonstrieren gehen, aber ich denke es gibt genügend Menschen,

die weitermachen, bis die Regierung einlenkt. Jeder Streiktag ist teuer und geht mit Lohn- und Gehalts-Einbußen einher. Deshalb dürften viele zurzeit darauf hoffen, dass der Verfassungsrat die Pensionsreform aufhält. Denn der prüft gerade, ob die Reform verfassungskonform ist und wird sein Urteil nächsten Freitag verkünden. Leonie Heitz hat aus Frankreich berichtet. In Myanmar liefern sich seit gestern das Militär und bewaffnete Widerstandskämpfer schwere Kämpfe, vor allem im Südosten des Landes. Tausende Menschen flüchten, vor allem ins Nachbarland Thailand, so seine Neva Klapp errichtet. In Thailand Tagprovinz sind in den letzten zwei Tagen rund

5.000 flüchtende Menschen aus Myanmar angekommen. Es sind ganze Familien, die vor Kämpfen im Südosten Myanmar geflohen sind. Kämpfe, die am Mittwoch zwischen Rebellen der Kayin-Provinz und Truppen der Militärhüter von Myanmar aufgeflammt sind. Dorfbewohner auf der thailändischen Seite der Grenze haben den Flüchtenden Schutz gewährt und sind derzeit bemüht, sie so gut wie möglich zu versorgen, erzählt Yemin, der für eine Nichtregierungsorganisation in Thailand arbeitet. Seit das Militär in Myanmar die de facto Regierungschefin Aung San Suu Kyi entmachtet und verhaftet hat, regiert die Militär runter mit eiserner Hand. Nach der blutigen Niederschlagung von Protesten der Demokratiebewegung haben sich viele Menschen den bewaffneten Kampf gegen die Militär runter angeschlossen. Kämpfe gibt es in mehreren Regionen des 54 Millionen Einwohner Landes. Zwei Jahre nach dem illegalen Militärputsch in Myanmar setzt das Militär weiterhin eine Kampagne der Gewalt unter Unterdrückung ein, um die breite Opposition in Myanmar zu brechen. Dass sei nicht gelungen, stattdessen würde das Militär in Myanmar das Land zerstören und die fundamentalen Menschenrechte in Myanmar angreifen, erklärte Ende März der UNO-Sonderberichterstatter für Myanmar, Tom Andrews. 18 Uhr und 19 Minuten zurück nach Österreich. Das vergangene Jahr war ein gutes für die heimische Industrie. Die Unternehmen haben Waren im Wert von mehr als 250 Milliarden Euro hergestellt. Ein Viertel mehr als 2021. Aber die Gründe für das Plus sind vor allem die gestiegenen Preise. Auch die beschäftigten Zahl in der Industrie ist derzeit rekordverdächtig. Der Ausblick ist aber getrübt. Hannah Sommer sacher berichtet. Die Zahl der Aufträge in der heimischen Industrie sinkt, sagt Andreas Merck, Spartenführer in der Wirtschaftskammer. Und das ist auch ein Zeichen, was uns schon als Alarmsignal auch dient, dass es hier zu einer starken Nation kommt, zu einer Seitwärtsbewegung, die eben von einigen Vorverbänden auch schon bewertet wird, dass es hier zu Produktionsrückgängen kommen wird. Schon das erste Quartal werde ein Minus aufweisen. Die Industrie zählt aber von einem guten vergangenen Geschäftsjahr. Der Produktionswert hat um fast ein Viertel zugelegt auf mehr als 250 Milliarden Euro. Aber das ist geschuldet einer Entwicklung, die wir seit in etwa 1,5-2 Jahren beobachten. Das sind diese extremen Preissteigerungen im Bereich Energie. Und zwar Großteils bei den Gas- und Wärmeversorgungs Unternehmen und der Mineralölindustrie. Rekordverdächtig ist auch der Personalstand. In der Industrie arbeiten so viele Beschäftigte, wie seit knapp 30 Jahren nicht, Fachkräfte sein gefragt. Diesen Schatz möchten sich die Unternehmen natürlich so lang wie möglich halten. Das führt aber zu Effekten, die uns in der Konkurrenzfähigkeit wiederum Schwierigkeiten machen werden. Auf Dauer erhöhe, dass die Lohnstückkosten und das Schade der Wettbewerbsfähigkeit. Dazu kommen die im Euro-Raum vergleichsweise hohe heimische Inflation. Von der Regierung erwartet die Industrie die rasche Umsetzung der Strompreiskompensation. Diese soll wettbewerbsintensiven Industrie im EU-Emissionshandel zugutekommen. Wichtig sei zudem ein höheres Forschungsbudget. Jeder

investierte Euro bringe den sechsfachen Wert an Wertschöpfung. Zurück. Eine Frostnacht steht uns noch bevor. Wir haben es zu Beginn der Sendung gehört. Schon jetzt ist aber klar, die Frostnächte in dieser Woche haben schwere Schäden in der Landwirtschaft angerichtet, vor allem im Obstbau. Die Hagelversicherung rechnet mit Schäden von 35 Millionen Euro. Ein Drittel der heimischen Obst-Anbaufläche dürfte betroffen sein. Michael Frösche. Die frostigen Nächte mit bis zu minus acht Grad haben vor allem Marillen, Zwetschgen, Kirschen, aber auch Äpfeln und Bienen zugesetzt. Aufgrund des verhältnismäßig warmen März haben viele Obstbäume heu am 14 Tage früher geblüht als im zehnjährigen Schnitt. Bei Marillen sind punktuell totale Ernte aus Fälle zu befürchten, so die Hagelversicherung. Insgesamt dürfte ein Drittel der gesamten Obstfläche also rund 4.000 Hektar von Frostschäden betroffen sein, hauptsächlich in der Steiermark, in Niederösterreich und in Burgenland. Auf 35 Millionen Euro schätzt die Hagelversicherung dem Bisse entstandenen Schaden eine vorläufige Bilanz. Das gesamte Schadensausmaß könne man erst in ein bis zwei Wochen feststellen, heißt es. Das war das Abendjournal heute und jetzt geht es weiter mit dem Journal-Panorama am Wartest, Astrid Plank.

Guten Abend. Hawaii, ein Inseltraum, begehrtes Urlaubsziel für betuchte Menschen, synonym für Wasser, Strand und schönes Leben. Doch der Schein trügt, die hawaiianischen Inseln sind längst bedroht durch die Auswirkungen des Klimawandels. Das Paradies kämpft schon jetzt mit dem Anstieg des Meeresspiels, der Ozean lässt Strände erodieren und hat schon mehrfach Häuser mitgerissen, aber auch die Erwärmung des Meeres, die Ausbreitung nicht heimischer Arten, Dürren und häufige Brände belasten das heikle Ökosystem auf den Trauminseln. Gefahr droht auch durch den großen Plastikstrodel im Pazifik, der jede Menge Plastikmüll an die Küstenhauweis spült und sie so verschmutzt. Langfristig müssen sich die Bewohnerinnen auch Gedanken machen, wie viel Tourismus ihre Heimat eigentlich noch verträgt. Katharina Wilhelm von der ARD hat sich auf Hawaii umgesehen.

Die Nordküste der hawaiianischen Insel Oahu ist ein legendärer Surfspot. Hier brechen gewaltige Wellen ein absoluter Traum für Surfer. Doch diese Wellen werden langsam zum Altraum für die Menschen, die in Strandnähe wohnen. Dane Sims ist so ein Anwohner. Er liegt am Strand, oberkörperfrei, die Baseballmütze ins Gesicht gezogen. Er erzählt, dass das Haus seines Nachbarn komplett ins Meer gefallen ist. Man habe es dann wieder an Land gezogen. This one completely fell in the ocean and they dragged it back up. Sims zeigt auf seinem Handy dramatische Bilder eines gelben Hauses, das zur Hälfte ins Meer gerissen wurde. Fast alle Häuser, die hier am sogenannten Sunset Beach stehen, haben einen unglaublichen Blick auf den Pazifik. Aber neuerdings auch einen Blick auf Sandsäcke, die die Bewohner vor ihr Grundstücksende gestapelt

haben. Manche haben Betonwände gegossen, um die Wellen abzuhalten. Was aber illegal ist, erzählt Sims. Technisch gesehen gehört der Strand nicht dir. Die Leute versuchen, sich vor der Erosion zu schützen. Aber ich sage, wenn es so weitergeht, sind die Häuser in fünf bis zehn Jahren weg. Die Erosion, also das Abtragen von Sand und Sediment, ist ein großes Problem, vor allem an den Nordseiten der haberianischen Inseln, wo die heftigen Wellen ankommen. Manche Bewohner versuchen jetzt noch die Häuser zu verkaufen. Zwischen 1,5 und 5 Millionen Dollar sind diese Häuser wert. Er selbst fühle sich noch sicher, sagt Sims. Sein Haus, das er mit seinem Vater besitzt, steht in der zweiten Reihe. Es sei schon beängstigend, aber man könne nichts tun, meint Sims, nur beten, dass das Haus nicht irgendwann im Ozean Ende.

There's nothing you could do. You could sit here and kind of watch, when that's about it and hope and pray that your house doesn't end up in the ocean. Die Universität von Honolulu, ebenfalls auf der Insel Oahu. Hier erforschen Experten die Folgen des Klimawandels und der Erderwärmung of Hawaii. Dazu gehören der Anstieg des Meeresspiegels und die Erosion der Küsten.

Geowissenschaftler Chip Fletcher, Grauhaare, blaues Hawaii-Hemd waren schon seit Jahren vor den Verteilen folgen.